



1.000 gute Gründe die Stadionpläne zu begraben

Rekord: Mehr als 1.000 Einwendungen zum Stadionbau

Öffentliche Beteiligung im Bauplanungsverfahren beendet

Oldenburg.- Im jetzt zu Ende gegangenen Beteiligungsverfahren sind laut Bürgerinitiative KEIN StadionBau mehr als 1.000 Stellungnahmen eingegangen. „Das sind nach unserer Kenntnis deutlich mehr als jemals in einem einzelnen städtischen Planungsvorhaben in Oldenburgs Planungsbeteiligungssystem erhoben wurden“, sagt Klaas Brümman, Sprecher der Initiative.

Oldenburger Bürgerinnen und Bürger hatten bis Anfang der Woche Gelegenheit, ihre Meinung zu den Plänen für ein Fußballstadion an der Maastrichter Straße abzugeben, dass zu 100 Prozent von Steuergeld finanziert werden soll. Vereine, Verbände und Initiativen haben sich laut Brümman ebenfalls beteiligt. Auch die Online-Petition gegen das Stadion erreichte mittlerweile mehr als 10.550 Unterschriften.

Eine umfangreiche Stellungnahme zum geplanten Projekt kam demnach vom Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen e. V. aus Hannover. Darin werden unter anderem gravierende Mängel und Fehler in den vorgelegten Lärm- und Verkehrsgutachten benannt. Außerdem Verstöße gegen Natur- und Umweltschutzaufgaben, sollten die Planungen so umgesetzt werden, wie vorgesehen. Auch Vorgaben des Klimaschutzes würden missachtet.

Die Stadt Oldenburg muss nun alle Einwendungen prüfen und gegebenenfalls in den Bebauungs- bzw. Flächennutzungsplan einarbeiten, bevor der Rat abschließend darüber entscheiden kann. Sollten im Frühjahr die Stadionpläne trotzdem genehmigt werden, kündigt Brümman bereits eine Normenkontrollklage an. „Wir haben relevante Einwände erhoben, die einen Bau des Stadions an der geplanten Stelle rechtlich ausschließen“, sagt Brümman. Eine Klage würde das Verfahren erheblich verzögern. „Dann haben wir wahrscheinlich schon ein neues Stadtoberhaupt.“ Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (SPD), der die Umsetzung seines Planes forcieren will, hatte angekündigt, bei der Kommunalwahl im Herbst 2026 nicht mehr zu kandidieren.

Der Sprecher der Initiative setzt allerdings auf die Einsicht der Ratsmitglieder, auch wegen der desolaten finanziellen Situation der Stadt – die mit Einmaleffekten nicht nachhaltig gebessert werden kann - im Februar endgültig gegen den Bau zu stimmen, der mindestens 50 Millionen Euro kosten soll. Dafür sei es zum Glück noch nicht zu spät, obwohl bereits unnötig viel Geld für die unsinnigen Planungen ausgegeben worden sei. Brümman spricht von mehreren Hunderttausend Euro allein in diesem Jahr.

Er kritisiert außerdem, dass die vorgeschriebene Verfahrensweise, wie Planungsunterlagen öffentlich bekannt gemacht werden müssen, von der Stadtverwaltung in diesem Fall nicht eingehalten worden sind. So sei unter anderem in der Bekanntmachung nicht auf die Möglichkeit zur Stellungnahme verwiesen worden. Die Bürgerinitiative habe darauf aber mit kreativen Ideen reagieren können und mit viel Erfolg über die Sozialen Medien, mit Flugblättern und Präsenz in der Innenstadt dazu aufgerufen. Auch sei bereits kurz nach der Auslegung der Planungsunterlagen ein „Einwändomat“ online gewesen, der Einwohner bei der Formulierung ihrer Stellungnahmen unterstützt hätte.

27. November 2025

Für Rückfragen: Klaas Brümman, Tel. 0441 72508

Zum Hintergrund

Eigentlich hatten alle gedacht, die Pläne für einen Stadionneubau in Oldenburg seien längst im Papierkorb verschwunden. Aber nach seiner Wiederwahl kam Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (SPD) im Frühjahr 2022 erneut mit seiner absurden Idee um die Ecke, eine Fußballarena direkt im Innenstadtbereich zu bauen. Innerhalb kurzer Zeit entstand eine Gegenbewegung, die sich einer sozial gerechten Stadtplanung und basisdemokratischer Kommunalpolitik, dem Schutz von Klima, Natur und Umwelt sowie einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld in Zeiten von Inflation, Krieg und Klimakrise verpflichtet fühlt. Längst sind in der Bürgerinitiative KEIN StadionBau nicht mehr nur die direkten Anwohnerinnen und Anwohner des vorgesehenen Baugeländes an den Weser-Ems-Hallen engagiert, die unter dem aus der Zeit gefallenem Prestigeprojekt des Oberbürgermeisters besonders leiden werden.